

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Reichmannsdorf, Reinhardtswald, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Giese, Inh. Walter Giese Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 133

Bad Schandau, Freitag, den 10. Juni 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Das Reichskabinett beschloß in seiner gestrigen Sitzung mit der außenpolitischen Lage und mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates in Genf.

\* Wie der Börsen-Courier mitteilt, ist der Zentralausschuß der Reichsbank für heute 12 Uhr einberufen worden. Man erwartet, daß schon heute die Entscheidung für eine Diskonterhöhung fallen wird.

\* Einen neuen Flugrekord hat Flugzeugführer Künste von der Süddeutschen Luftfliegerei am Donnerstag aufgestellt. Er startete mit einer Dornier-Mercur-Maschine mit 6 Personen um 14,25 Uhr in Oberwiesfeld und erreichte den Flughafen Tempelhof ohne Zwischenlandung um 17,08 Uhr.

\* An einer offen gelassenen Schranke bei Nikulschütz auf der Strecke Beuthen-Beiskretscham fuhr gestern nachmittags ein Personenzug in ein Gespinn. Von den fünf Insassen wurden zwei sofort getötet und drei schwer verletzt.

\* In der Nacht von Marja Sirocco auf der Insel Malta stürzte ein englisches Militärflugzeug bei Übungsflügen ins Meer. Der Pilot wurde getötet, der Apparat verlor in den Wellen.

## Der Friede Europas.

Von Dr. Julius Rud. Kaim-Athen.

Bei der „albanischen Gefahr“, die vor kurzem Europa erzittern ließ, handelte es sich im Grunde um Fragen, die weit über die Grenzen der direkt beteiligten Staaten hinaus von großer Wichtigkeit waren und es noch heute sind. Nicht die angeblichen „Verfehlungen“ des einen oder anderen Teiles, nicht die hundert Kleinigkeiten, die ein Teil dem anderen vorwarf, waren und sind bis heute für die Gefahr maßgebend — sondern vielmehr die Tatsache, daß ein scheinbar so nebensächlicher Streit überhaupt das gesamteuropäische Interesse ernstlich gefährden konnte.

Ein verwickeltes System von Verträgen und Abmachungen, Versprechungen und Bindungen beherrscht heute Europa; es dürfte keinen Staatsmann geben, der alle diese geschriebenen und gesprochenen Abmachungen gründlich kennt, die heute an die Stelle der alten „balance of power“ getreten sind und die ein einziger kleiner Funke explosionsartig zur Riesengefahr werden lassen kann.

In allen Ecken der alten Welt wird offen oder versteckt erbittert gekämpft; hundert verschiedene Interessen stoßen blutig zusammen; Spanien, England, Frankreich führen seit Jahr und Tag in fernen Regionen blutige Kämpfe; Revolutionen und politische Revolten gehören zum Programm des Tages; Europa kommt nicht zur Ruhe. Und dieser von Gefahren bedrohte Erdteil, der zur Kulturquelle des ganzen Westens wurde, hat an alledem nicht genug, will sich immer neuen Gefahren aussetzen?

Der Friede Europas, gefährdet durch bolschewistische Propaganda und chauvinistischen Ultranationalismus, ist in Gefahr. Schon, daß so viel vom Frieden geredet wird, daß Kongresse aller Art sich mit ihm beschäftigen, zeigt, daß er nicht in sich gefestigt ist. Wie Kerze am Bette eines Schwerkranken stehen Ratgeber aller Art am Krankenlager des europäischen Friedens. Man sollte annehmen, daß wenigstens in der Theorie die Einheit Europas anerkannt würde; aber selbst diese Annahme wird Lügen gestraft; denn hinter heftigsten Friedensbeteuerungen stehen neue Rüstungen, steht die Forderung des Einzelstaates nach Machtbesugnissen und Rüstungsberechtigungen. Deutschland hat man zur Abrüstung gezwungen, das kleine Schweden, dessen Einwohnerzahl ständig zurückgeht, will seine Heeresstärke vermindern; alle jene Mächte aber, die den Frieden Europas durch Deutschland bedroht sahen, treiben ein Spiel mit politischen Verträgen und Abmachungen, durch das der Friede weit mehr gefährdet wird als je zuvor. Jedermann weiß, daß allen Kongressen, allen Versprechungen, allen Hinweisen zum Trost und Hohn die Rüstungen fiebersucht fortgesetzt werden. Rüstungen gegen wen? Gegen den bolschewistischen Gegner aller Europäer, gegen einen Uebergriff des mächtig sich stärfenden Asien?

Nichts von alledem; sondern ein Rufen des einen gegen den andern, des einen amerikanischen Schuldners gegen den andern. Im Grunde ist es doch so weit gekommen, daß Amerika dank seiner Finanzmacht als direkter oder indirekter Gläubiger fast ganz Europas den Europäern jeden Krieg verbieten kann, daß es ohne allzu große Anstrengungen einen Krieg unmöglich machen kann — wenn es nicht noch neue Vorteile wittert.

Das albanische Beispiel zeigt aber noch mehr: Es zeigt, daß das Nationalitätenprinzip durchaus nicht ohne weiteres den „Nationalkrieg“ verhindert. Die verschiedenen Friedensverträge haben zwar das Nationalitätenprinzip sehr einseitig aufgeföhrt — es genügt, auf Südtirol hinzuweisen — selbst aber, wo es durchgeföhrt scheint, auf dem Balkan etwa, kann es die gegenseitige Eifersucht nicht eindämmen. Man könnte Bände mit Beweisen füllen; doch dürfte es ausreichen, auf das ungelöste Problem „Mazedonien-Serbien“ hinzuweisen, auf das „selbständige“ Albanien, auf die im Belgrader Parlament in Form einer Beschwerde vorgebrachte Tatsache, daß kein einziger Kroat als jugoslawischer Vertreter im Ausland weißt (und kein kroatischer General in der Armee ist!), auf die bäuerlichen Reibungen zwischen den einzelnen Balkanstaaten, auf die Zuteilung dalmatinischer Inseln an Italien. Die Friedensverträge haben ferner jenes Netz von Bindungen aller Art bedingt, an dessen Fäden heute das Schicksal Europas hängt.

Das Ausschneiden Deutschlands aus der Reihe der militärischen Großmächte macht sich peinlich bemerkbar: die „balance of power“, fehlt. Und es ist recht bezeichnend, daß italienische Blätter es für richtig hielten, darauf hinzuweisen, wie ehrenvoll

es für Deutschland sei, daß Italien eine Note an die Großmächte gleichzeitig in Paris, London und Berlin überreicht habe! Und es ist ebenso bezeichnend, daß in der jugoslawischen Presse Stimmen laut werden, die einen engeren politischen Anschluß an Deutschland fordern. An das ohnmächtige Deutschland? An die Armee von hunderttausend Mann? Doch wohl kaum: die Anwesenheit des starken Volkes im Zentrum Europas kann, auch ohne ständiges Heer, für manchen Staat im heutigen Europa entscheidend werden; denn jede Spaltung Europas könnte vielleicht auf friedlichem Wege zur Stärkung Deutschlands und damit zur Wiederherstellung der „balance of power“ führen. Es ist beschämend, es auszusprechen: diese kleinen Verbeugungen vor Deutschland und seiner Politik zeichnen deutlicher

als die schwache Bezeugung deutschen Gebietes, auf wie schwachen Füßen der Friede Europas steht, zeigen, wie notwendig wieder ein europäischer Staat den andern hat, sich Freunde zu sichern im Kampfe des einen gegen den andern. Und alles dies trotz Auflösung der „deutschen Gefahr“, trotz Völkerbund und Forderung nach Abrüstung; dies alles keine neun Jahre nach dem letzten großen Blutbad und den angeblichen Friedensabschlüssen. Verstrickt in offene oder versteckte Kolonialkämpfe, abhängig von der Finanzgnade Amerikas, scheint Europa auf den Augenblick zu warten, in dem politische Stühle oder bunte Fanatiker es in neue Zerstörungskämpfe stoßen. Denn nicht nur der Friede Europas ist bedroht, sondern Europa selbst als selbständiger Weltteil und Träger menschlicher Kultur.

## Rußland klagt England an

### Folgen des Warschauer Attentats.

Polen lehnt die Verantwortung ab.

Ganz Rußland befindet sich in großer Erregung infolge der Ermordung des russischen Gesandten Wostkow in Warschau. Aus Charkow, Leningrad, Minsk, Sverdlowsk und Kiew werden zahlreiche Protestversammlungen und Kundgebungen gemeldet. In Moskau nahmen an den Demonstrationen mehrere 100 000 Personen teil. Besonders groß waren die Kundgebungen vor dem Gebäude des Außenkommisariats. Die Worowitskistraße, in der sich die polnische Mission befindet, war durch verstärkte Militärbesatzung abgeperrt. Die angenommenen Entschlüsse haben hervor, daß die Ermordung Wostkows in engem Zusammenhang mit der sowjetfeindlichen Politik Englands stehe, und weisen darauf hin, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord trage. Sie verlangen strenge Bestrafung des Mörders und Aufhebung der weißgardistischen Organisationen in Polen.

Das gesamte diplomatische Korps in Moskau stattete Besuche im Außenkommisariat ab und sprach der russischen Regierung ihr Beileid aus. Der auf Urlaub weilende deutsche Gesandte Graf Brockdorff sandte ein Beileidstelegramm.

taten usw. erteilt seien, ferner die Vereitelung von Attentaten auf verschiedene hohe Sowjetbeamte, deren Urheber in unmittelbarer Verbindung mit dem Leiter der Konsulatsabteilung der englischen Mission in Moskau gestanden haben sollen. Daraus wird der Schluß gezogen, daß England in allen Fällen die treibende Kraft ist. Auch habe bei dem Mord Wostkows die englische ministerielle Presse den Mörder direkt gerechtfertigt. Ebenso seien Brandstiftungen in Fabriken, Werken und Militärmagazinen Rußlands, ebenfalls durch England angezettelt, aufgedeckt worden. Demnach, sagt die Veröffentlichung weiter, sei es klar, daß die englische Regierung bestrebt sei, die friedliche Arbeit der Völker der Sowjetunion zu stören. Die Sowjetregierung verteidige ihre Position friedlicher Arbeit und Aufbau.

Sie halte es für ihre heilige Pflicht, vor der ganzen Menschheit und in erster Reihe vor den Völkern ihres eigenen Landes die sowjetfeindliche Politik des britischen Kabinetts und seiner Agenten aufzudecken.

An die werktätige Bevölkerung richte die Regierung den Aufruf, die Fabriken, Werke, Niederlagen, Stationen usw. vor ausländischen Spionen, Brandstiftern und Mördern nebst deren monarchistischen und weißgardistischen Verbündeten zu schützen.

### Ruhige Antwort Polens.

Das polnische Außenministerium hat die Antwort auf die russische Note, die wegen der Ermordung des Gesandten Wostkow an Polen gerichtet worden ist, ausgegeben. Die polnische Note wird sofort durch den polnischen Gesandten in Moskau übergeben werden. Wie die Warschauer Presse erfährt, ist die Note in ruhigem Ton gehalten. Sie weist die Vorwürfe zurück, die in der russischen Note enthalten sind. Insbesondere wird der Passus widerlegt, in dem die russische Note von einer Verantwortung der polnischen Regierung für den an Wostkow verübten Anschlag spricht.

Die polnische Presse weist ebenfalls die in der russischen Note vorgebrachte Anschuldigung zurück. Das Blatt der Anhänger Marschall Pilsudskis tut das in sehr entschiedenem Ton und spricht von einem Versuch, aus dem Unglück politische Argumente zu schmieden. „Głos Prawdy“ betont mit allem Nachdruck, daß sämtliche russischen Vorwürfe auch nicht den Schatten der Berechtigung hätten. Dem Vorwurf, daß die polnische Regierung die Tätigkeit der Gegenrevolutionäre, der russischen Terroristen nicht gehörig unterbunden habe, begegnet „Kurjer Poranny“ mit der Bemerkung, daß die in ganz Europa und auch in Polen lebenden Emigranten ein Ergebnis der Sowjetpolitik darstellten.

Im Zusammenhang mit der Ermordung Wostkows wurden in Warschau sechs und in Wilna 24 russische Emigranten verhaftet. In Wilna ist man unter den russischen Emigranten einer monarchistischen Geheimorganisation auf die Spur gekommen. In anderen Ortschaften des Wilnagesbietes wurden bisher 15 Personen verhaftet. Bei den Hausdurchsuchungen wurden große Dollarbeträge und monarchistisches Propagandamaterial, das für das Ausland bestimmt war, gefunden.

### Die Leiche des ermordeten Wostkow

Ist im Audienzsaal der Warschauer Sowjetgesandtschaft aufgebahrt. Ununterbrochen finden Beileidsbesuche in der Gesandtschaft statt. Es erschienen u. a. der polnische Minister des Äußern, Jaleski, und andere Regierungsglieder, die Mitglieder des diplomatischen Korps, Vertreter der Behörden, der Industrie und Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung Warschaws. Die Leiche wird am Freitag morgen nach dem Hauptbahnhof gebracht und von dort mit einem Sonderzug nach Moskau übergeföhrt.

Aus Moskau ist eine Delegation des Außenkommisariats mit dem Mitglied des Kollegiums Kralow an der Spitze der Leiche Wostkows entgegengekehrt.

Der Mörder Kowerd war Mitglied einer monarchistischen Geheimorganisation und hat allem Anschein nach in ihrem Auftrag gehandelt. Kowerd hält sein ur-



Der ermordete russische Gesandte Wostkow.

### Die Sowjetregierung gegen England.

Die Sowjetregierung hat eine Veröffentlichung erlassen, in der sie scharfe Angriffe gegen England erhebt und sagt:

„Die Ermordung Wostkows ist ein Glied in einer ganzen Kette von Ereignissen, die in ihrer Gesamtheit eine immer stärkere Bedrohung des Friedens bedeuten. Diese Bedrohung wird immer greifbarer, ungeachtet der außerordentlichen Bemühungen der Sowjetregierung, den Frieden zu erhalten. Bei dem frevelhaften Mord an Wostkow, der auf eine ganze Reihe direkter und indirekter Angriffe der englischen Regierung auf Sowjetinstitutionen im Auslande und auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Großbritannien folgte, hält es die Sowjetregierung für notwendig, eine Reihe anderer Tatsachen bekanntzugeben, welche die Arbeit der englischen Regierung und ihrer Organe auf dem russischen Boden kennzeichnen.“

Es werden nun eine Menge von Einzelheiten angeführt, so die Verhaftung eines Angestellten des englischen Geheimdienstes bei der Überschreitung der russischen Grenze und seine Geständnisse, daß ihm von der englischen Regierung Anweisungen zur Draufseherung von Atten-